

Expertenwissen oder Ideologie im Sozialbericht 2015/16?

Gastkommentar. Ein paar Anmerkungen zur Nationalratsdebatte über die Sozialpolitik.

VON PHILIPP KOROM

Starke Worte waren da am 2. März in der Nationalratsdebatte zum Sozialbericht 2015/16 von Oppositionspolitikern zu vernehmen. So sagte die FPÖ-Abgeordnete Belakowitsch-Jenewein: „Das ist ein DDR-Bericht, Herr Bundesminister (...) Sie schreiben einen Bericht mit Ihren linkssozialistischen Scheuklappen (...) Sie haben hier Ideologie hineingepackt.“ Der Neos-Abgeordnete Gerald Loacker urteilte: „Dieser Sozialbericht ist eine 400-seitige Ansammlung von marxistischen Fake News. Das, was Ihre ‚Experten‘ da zusammengeschustert haben, geht auf keine Kuhhaut.“

Haben die Parlamentarier recht? Sind da üble Ideologen am Werk gewesen? Im Folgenden einige Anmerkungen zur weiteren Kritik der beiden Abgeordneten.

► Die Massenflucht im Jahr 2015/16 werde im Bericht nicht erwähnt. Richtig. Würde ein derartiges Unterkapitel den Bericht zu Österreich in einem grundsätzlich anderen Licht erscheinen lassen? Nein. Handelt es sich um eine wichtige Auslassung? Ja.

► Der folgende Satz sei inhaltlich falsch: „Der Wohlfahrtsstaat ermöglicht der Mitte, auch ohne Vermögen zu leben. Pensionsversicherung, Kranken- und Arbeitslosenversicherung (...) ermöglichen den Lebensstandard der Mitte.“ Dem ist tatsächlich so. In der Statistik zählen Einkommensbezieher, die über kein oder ein geringes Vermögen verfügen, durchaus zur Mitte. Die Einkommensmittelschicht ist halb so groß, wenn nur Markteinkommen berücksichtigt werden. Eine gewisse Staatsbedürftigkeit der Mitte ist somit faktisch gegeben.

Ungenau Aussagen

► Empfehlungen zu Erbschafts- und Vermögenssteuer seien Teil des Sozialberichts. Das ist nicht der Fall. In dem Bericht wird lediglich festgehalten, dass angesichts der steigenden Vermögenstransfers zwischen den Generationen der Erbschaftssteuer eine zentrale

Umverteilungsfunktion zukommen könnte. Ist das eine Experten-aussage? Ja, ist es.

► Folgende Behauptungen seien unsinnig: Die obersten Einkommen würden exponentiell steigen, die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen habe sich seit 2008 krisenbedingt verdreifacht, die Propaganda über die angebliche Unfinanzierbarkeit des Pensionssystems habe den Banken Milliarden am Vorsorgegeldern gebracht. Diese Aussagen sind ohne Zweifel ungenau und/oder unbelegt.

Vordergründig kritisch

All diese Kritikpunkte beziehen sich auf die dem Bericht vorangestellten, knappe neun Seiten langen Schlussfolgerungen des SPÖ-geführten Sozialministeriums. Die mehrere Hundert Seiten umfassenden Einzelbeiträge unabhängiger Experten und Wissenschaftler werden jedoch nicht als ideologisch demaskiert. Das vom Abgeordneten Loacker vorgebrachte Argument, der Bericht verdrehe auf 400 Seiten die Realität und knüpfe daran „marxistische Forderungen“, ist damit alles andere als plausibel.

Bei genauerem Hinsehen erweist sich die Nationalratsdebatte rund um den Sozialbericht als vordergründig kritisch. Es geht in erster Linie darum, das Image der SPÖ zu beschädigen. Die untergriffige Rhetorik („DDR-Bericht“, „marxistische Forderungen“) macht dies deutlich. Der Hauptteil des Berichts enthält keine Ideologie.

Die aus unterschiedlichen Bereichen stammenden Experten legitimieren in dem Bericht keine konkreten politischen Maßnahmen, sie erfassen und interpretieren soziale Trends. Sind diese Interpretationen aber zutreffend, und wie kann Sozialpolitik Expertenwissen am besten umsetzen? Über diese zentralen Fragen sollte gestritten werden. Der Nationalrat wäre hierfür der geeignete Ort.

Dr. Philipp Korom (geboren 1983) ist Mitarbeiter im FWF-Projekt Academic Superelites in Sociology and Economics.

E-Mail: debate@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON MARTIN ENGELBERG



Europa und die Erdoğan-Türkei: Österreich in einer Vorreiterrolle

Die Große Koalition zieht in der Haltung gegenüber der jetzigen türkischen Staatsführung und ihrer dreisten Politik an einem Strang. Das ist gut so.

Erstaunlich: In der europäischen Politik hat sich Österreich zu einem Vorreiter gemausert. In mutigen Schritten bestimmt allen voran Außenminister Sebastian Kurz die Agenda und treibt Länder wie Deutschland vor sich her. Vorbei sind also die Zeiten, als es hieß, Österreichs Bundeskanzler gehe ohne eigene Meinung zu einem Treffen mit Angela Merkel und komme danach mit der Meinung der deutschen Bundeskanzlerin wieder heraus.

Mit der Schließung der Balkanroute erregte Außenminister Kurz erstmals Aufsehen in Europa. Vorbei an Deutschland und Griechenland konzertierte er mit den Balkanländern die Schließung der Grenzen und stoppte damit die unkontrollierte Flüchtlings- und Zuwanderungswelle nach Mitteleuropa. Herrschte anfangs im In- und Ausland noch Empörung über sein eigenmächtiges Vorgehen, wurde Kurz schon bald zum Star in deutschen Talkshows. Mit Sebastian Kurz erwuchs der deutschen Kanzlerin, neben der CSU, quasi eine zweite innerparteiliche Opposition.

Nach einem Wechsel an der Regierungsspitze ziehen inzwischen mit Kurz auch Bundeskanzler Christian Kern sowie die Minister Wolfgang Sobotka (ÖVP) und Hans Peter Doskozil (SPÖ) die Regierungsparteien in vielen Sicherheitsfragen am selben Strang. Das klare innenpolitische Kalkül: Nur, wenn sich in der Bevölkerung wieder Sicherheitsgefühl und Vertrauen gegenüber der Staatsmacht einstellen, kann der Zulauf zu Rechtspopulisten gestoppt werden. Die Menschen erwarten sich eine Regierung, die klare und mutige, aber rechtsstaatlich vertretbare Schritte setzt.

Auch die jüngste Eskalation in den Beziehungen zur Türkei und deren machtbeseßenen Staatspräsidenten, Recep Tayyip Erdoğan, verlief nach dem gleichen Drehbuch: Zuerst tat es Außenminister Kurz, dann folgte auch Bundeskanzler Kern, der sich klar gegen Wahlkampfauftritte türkischer Politiker in Österreich aussprach.

Zunächst schien das Naheliegende, das eigentlich Selbstverständliche als un-

aussprechbar. In Deutschland und in den Niederlanden, die wie Österreich größere Gemeinden an Auslandstürken haben, wurde zunächst herumgeeiert, ehe es in Rotterdam am Wochenende dann einen Paukenschlag gab.

Außenminister Kurz wiederum richtete der Türkei ruhig, aber nicht minder bestimmt aus, dass Auftritte türkischer Regierungsvertreter im Rahmen des Wahlkampfs für das Referendum zur umstrittenen Umwandlung der Türkei in eine Präsidialrepublik nicht erwünscht seien. Kanzler Kern doppelte nach und schlug in dieser Sache ein gesamteuropäisches Vorgehen vor. Das Ansinnen der türkischen Staatsführung ist ja tatsächlich einigermaßen dreist.

So würde es wohl nicht einmal der nationalkonservativen polnischen Regierung einfallen, bei der gar nicht so kleinen polnischen Diaspora in Österreich Wahlkampf zu betreiben. Oder würden das gar deutsche Politiker bei ihren Landsleuten tun, die ja die größte Ausländergruppe in Österreich darstellen? Was macht es den Regierenden in anderen europäischen Ländern so schwer, klare Worte zur Türkei zu finden?

Nachgerade unverschämte ist die kolportierte Beihilfe türkischer Behörden bei der Umgehung der österreichischen Staatsbürgergesetze. So soll es Zehntausende zwischenzeitlich in Österreich eingebürgerte Türken geben, die gleichzeitig widerrechtlich die türkische Staatsbürgerschaft behalten haben, oder diese nach einer vorgeblichen Zurücklegung später wieder zurückerhielten; Berichten zufolge, sogar auf Drängen der türkischen Auslandsbehörden.

Wird es auch in dieser Frage wieder an der österreichischen Regierung liegen, mit klaren Worten und Regelungen eine Vorreiterrolle zu spielen? Anscheinend kommt dieser Tage unseren Politikern die Rolle der Avantgarde in Europa zu. Gut so. Doch möge das hoffentlich auch bald bei wichtigen innenpolitischen Fragen der Fall sein.

E-Mail: debate@diepresse.com

Zum Autor: Mag. Martin Engelberg ist Psychoanalytiker, geschäftsführender Gesellschafter der Vienna Consulting Group, Lehrbeauftragter an der Wirtschaftsuniversität Wien und Herausgeber des jüdischen Magazins „NU“.

Morgen in „Quergeschrieben“: Sibylle Hamann.

Freung 8-9). Der VwGH verblieb in der ehemaligen Böhmisches Hofkanzlei (Judenplatz 11).

In Erdberg ist das Bundesverwaltungsgericht (Erdbergstr. 192-196), nicht aber einer der genannten Gerichtshöfe untergebracht. **Dietlinde Hinterwirth**, Mediensprecherin des Verwaltungsgerichtshofs

Ende des Kirchenwinters ist angebrochen

„Papst Franziskus, allein in Rom“, LA von Dietmar Neuwirth, 10. 3. Dem Inhalt des Leitartikels kann ich als Mitglied des Koordinations-teams für „Solidarität für Franziskus“ voll zustimmen. Die Reformbewegung „netzwerk: zeitgemäß glauben“ sieht nach den hierarchisch autoritär herrschenden Päpsten Johannes Paul II. und Benedikt XVI. seit dem Amtsantritt von Franziskus ein Ende des Kirchenwinters angebrochen.

Mit den Themen Freude am Christentum und Barmherzigkeit öffnet der Bischof von Rom viele Tore, um das Aggiornamento von

Johannes XXIII. wieder zum Leben zu erwecken. Er orientiert sich eher am Leben Jesu Christi als an Kirchentraditionen und fordert mit seinem bescheidenen Lebensstil, Spontaneität und Kreativität seine Mitbrüder heraus. Er ist für mich ein Mensch, der mit all seinem Tun Wahrhaftigkeit lebt, die mir Hoffnung gibt, dass ein christliches Menschenbild die Zukunft in der Kirche prägt, in dem vor Gott alle gleich an Würde, an Rechten und Gnade unabhängig von ihrem Geschlecht sind.

Dr. Renate Müller, 1210 Wien

Das wird den Medien gefallen - aber Gott auch?

„Franziskus öffnet die nächste Front“, v. Constanze Reuscher, 10. 3. Seltsam, dass Papst Franziskus den Priesterangel mit der Zulassung verheirateter Männer bekämpfen will, obwohl es doch offensichtlich bei den Evangelischen nicht funktioniert, die noch dazu weibliche Pastoren, selbst Bischöfinnen haben. Deren Nachwuchsmangel

ist zumindest gleich groß, wenn nicht größer.

Sollte der Papst den Zölibat abschaffen, was er sicherlich tun könnte, dann bringt dies einen Paradigmenwechsel von „Berufung“ zum „Beruf“. Zu einem Job von acht bis siebzehn Uhr und „Papamonat“. Die Sorge um die eigene Familie dominiert; die Familie der Gemeinde verblasst hingegen.

Dies wird vor allem dem Mainstream und den Medien gefallen – gefällt es auch Gott?

Kristof Kossuth, 1030 Wien

Behauptungen mit Fakten unterlegen

„Wenn alles zur Glaubensfrage wird, verlieren Fakten ihre Wirkmacht“, LA von Oliver Grimm, 13. 3. Danke an Oliver Grimm für diesen Leitartikel! Ich möchte seiner guten Argumentation hinzufügen: Die Abwendung von der kritischen Vernunft ist nicht nur dem Vertrauensverlust geschuldet, sondern auch der, angesichts Komple-

xität und Informationsflut, laufend zunehmenden Mühe, sich die Fakten zugänglich zu machen.

In Österreich nehmen die Ideologen der politischen Korrektheit vielfach eine Position des „A-priori-recht-habens“ ein, ohne faktenbasierte Argumente zu liefern. Die Qualität der Politik würde sich verbessern, wenn Behauptungen nicht einfach nur aufgestellt werden, sondern auch mit Argumenten/Fakten unterlegt werden müssen. „Die Presse“ kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten!

Dr. Peter Angelberger, 1180 Wien

Neue Sündenböcke

„Trend zu Eigenverantwortung ist unfair“, Interview mit dem Arzt Gernot Rainer, von K. Baltaci, 11. 3. Jetzt werden Leute, die für medizinische Mehrleistungen mit privaten Mitteln bezahlen, als Sündenböcke dafür hingestellt, dass wir ein staatliches Gesundheitssystem haben, das nicht mehr funktioniert.

Peter Kronegger, 8010 Graz

Wir können nur auf den Nachfolger hoffen

„Wie die EZB von Arm zu Reich umverteilt“, „Bilanz“, von Josef Urschitz, 10. 3.

Wieder, wie gewohnt, ein super Artikel von Urschitz. Leider läuft die Präsidentschaft von Draghi erst in zwei Jahren aus. Wir können nur auf einen Nachfolger hoffen, der dieser Finanzpolitik ein schnelles Ende bereitet.

Dkfm. Gerhard Wolf, 2340 Mödling

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof

E-Mail: debate@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte im Internet:

DiePresse.com/debatte

Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.